

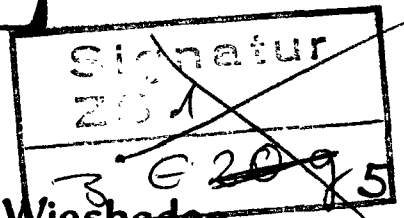
STATISTISCHE BERICHTE



Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Arb.-Nr. VI/35/20

Erschienen am 3. November 1960



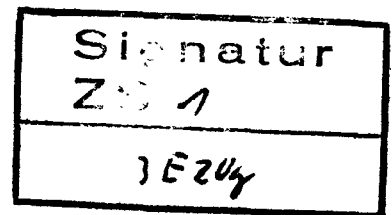
Erste vorläufige Ergebnisse der
1 vH- Wohnungserhebung 1960
(Schnellaufbereitung)



12. MEZ. 2008

Ausgegeben von:
Wirt. Sem./Uni. Tübingen

Ke



Vorbericht 1

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	4
Erläuterungen	13
Tabelle 1: Zahl der Wohnungen und ihre Belegung mit Haushalten nach Gemeindegrößenklassen, Ländern und Strukturzonen	15
Tabelle 2: Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews nach der Art der Wohnungsnutzung	
a) nach Gemeindegrößenklassen	16
b) nach Ländern	18
c) nach Strukturzonen	20
Tabelle 3: Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch nach der Art der jetzigen und der angestrebten Wohnungsnutzung	
a) nach Gemeindegrößenklassen	21
b) nach Ländern	22
c) nach Strukturzonen	23

Die Tabellen enthalten vorläufige, nicht hochgerechnete Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960. Sie geben Auskunft über die bei der Erhebung erfaßten Wohnungseinheiten (also "Normal-" und "Notwohnungen") sowie die in diesen Einheiten durchgeführten Interviews. Durch das Anhängen von jeweils zwei Nullen ist eine behelfsmäßige Hochrechnung möglich. Sind Tabellenfelder mit 50 - 100 (bei Hochrechnung 5 000 - 10 000) Fällen besetzt, so ist eine Aussage infolge des niedrigen Auswahlsatzes der Stichprobe nur bedingt möglich; finden sich in einem Tabellenfeld weniger als 50 Fälle, so sollte es im allgemeinen nicht hochgerechnet werden.

Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter unter der Nummer F 0.

V o r b e m e r k u n g

Die 1 vH-Zusatzerhebung 1960 zur Wohnungsstatistik - Ergebnisse und Erfahrungen einer Schnellaufbereitung -

Das Gesetz über die Wohnungsstatistik 1956/57 ermächtigte die Bundesregierung, im Anschluß an die allgemeine Wohnungszählung vom Herbst 1956 durch Rechtsverordnung Interviewerhebungen in 1 vH aller Haushalte im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) in den Jahren 1958, 1960 und 1962 anzuordnen. Mit Hilfe dieser Befragungen sollten Unterlagen beschafft werden, die es gestatten, die bei der Überleitung der Wohnungsversorgung der Bevölkerung in marktwirtschaftliche Formen auftauchenden Probleme zu erkennen. Die Interviewerhebungen ergänzen damit die teils aus der allgemeinen Wohnungszählung im Herbst 1956, teils aus der Fortschreibung des Wohnungsbestandes und der Bevölkerung gewonnenen Unterlagen über den jeweiligen Stand der Wohnungsversorgung in den Ländern und den einzelnen Kreisen des Bundesgebietes.

Die erste Erhebung dieser Art erfolgte im Frühjahr 1957. Ihre Ergebnisse sind ausführlich veröffentlicht worden und haben zweifellos die allgemeine Wohnungsbaupolitik beeinflusst. Die ursprünglich für das Jahr 1958 vorgesehene nächste Erhebung wurde auf 1960 verschoben und in den Monaten April und Mai dieses Jahres durchgeführt. Hierbei wurden im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) rd. 160 000 nach dem Zufallsprinzip ausgesuchte Wohnungen durch eigens hierfür ausgebildete Interviewer aufgesucht und alle in diesen Wohnungen lebenden Haushalte über ihre Wohnverhältnisse, ihre Wohnabsichten und ihre Einkommenslage befragt.

Erhebungsziel und Erhebungsmethode

Bei der Erhebung ging es darum,

1. den Umfang und die Richtung des Wohnungsbedarfs aus der Sicht der Haushalte und damit unabhängig von allen "sozialen Leitbildern" und "Sollvorstellungen" festzustellen,
2. die Zusammenhänge zwischen Miete und Einkommen zu beurteilen,
3. die Unterbringungsverhältnisse der Haushalte unter besonderer Berücksichtigung ihrer Einkommenslage darzustellen sowie
4. einen Überblick über die qualitative Abstufung des Wohnungsbestandes zu gewinnen.

Daneben war es erforderlich, einmal jene Haushalte gesondert nachzuweisen, die, obgleich objektiv unzureichend untergebracht, dennoch nicht am Wohnungsmarkt als Nachfragende nach Wohnungen auftreten.

Für die Klärung dieser Fragen können mit einem Auswahlatz von 1 vH ausreichende Ergebnisse erzielt werden. Die wiederum gute Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung wird auch eingehendere Analysen verhältnismäßig kleiner Gruppen gestatten, die für die allgemeine Wohnungspolitik als besonders wichtig anzusehen sind. Allerdings mußten die Feststellungen auf jenen Personenkreis beschränkt bleiben, der in Wohnungen untergebracht ist. 1957 hatte man vergeblich versucht, auch die Bewohner von Massenunterkünften jeglicher Art mit in die Erhebung einzubeziehen.

Bei der Erhebung sollte nicht nur ein allgemeiner Überblick für das Bundesgebiet gewonnen werden, sondern es waren auch Unterlagen in der Gliederung nach Ländern, nach Gemeindegrößenklassen und nach wirtschaftsräumlichen Einheiten zu beschaffen. Während die Zusammenfassung der Einzelangaben nach Gemeindegrößenklassen und auch nach wirtschaftsräumlichen Einheiten im allgemeinen wenig Schwierigkeiten bereitet, weil es sich jeweils um relativ zahlreiche Fälle han-

delt, sind die Länderergebnisse wegen der unterschiedlichen Zahl der durchgeführten Interviews gegenseitig bei stärkerer sachlicher Differenzierung nicht ohne weiteres vergleichbar. So werden beispielsweise in Bremen bei einer 1 vH-Stichprobe 2 700 Haushalte einbezogen, in Nordrhein-Westfalen dagegen 52 000. Da die Qualität einer Stichprobe wesentlich durch den sog. Zufallsfehler bedingt ist und dieser wiederum von der absoluten Zahl der erfaßten Fälle abhängt, sind Länderergebnisse von unterschiedlicher Aussagekraft. Für die Darlegung bestimmter Größenordnungen und allgemeiner Zusammenhänge reicht jedoch die Feldbesetzung auch für Länderergebnisse aus. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die Länderergebnisse ohnehin, wie zahlreiche Untersuchungen gezeigt haben, durch die Siedlungsstruktur (die sich in der Gliederung des Landes nach Gemeindegrößenklassen widerspiegelt) bestimmt werden. Es lassen sich daher zweifellos bestimmte Grundzusammenhänge, die bei einer Aufbereitung des gesamten Materials für den Bund nach Gemeindegrößenklassen ermittelt werden, auch ergänzend für die Auswertung der Länderergebnisse mit heranziehen.

Neben dem sog. Zufallsfehler der Stichprobe spielt in der statistischen Praxis der sog. systematische Fehler mindestens eine genauso große Rolle. Er ergibt sich aus den Fehlern und Unvollkommenheiten bei der Auswahl der in die Erhebung einzubeziehenden Wohnungen, bei der Durchführung der Interviews sowie bei der technischen Aufbereitung des Materials und ist weitgehend durch menschliche Unzulänglichkeiten bedingt. Hinzu kommt, daß auch die Befragten nicht immer eindeutige Antworten erteilen, einzelne Fragen mißverstehen, ungenau oder falsch beantworten. Diesen Fehlern läßt sich weitgehend durch entsprechende organisatorische Maßnahmen begegnen, unter denen eine gründliche und einheitliche Einweisung der Interviewer in die Materie an erster Stelle steht. Den Interviewern müssen zunächst einmal die Grundbegriffe der Wohnung, des Haushalts usw. nahegebracht werden. Das Interview läuft an Hand eines festumrissenen Frageschemas ab, mit dessen Hilfe die zu ermittelnden Sachverhalte beschrieben werden. Hierbei hat sich bei den bisherigen Erhebungen immer wieder gezeigt, daß es weniger auf die Zahl der zu stellenden Fragen ankommt, als vielmehr darauf, daß ein und derselbe Sachverhalt mehrfach beleuchtet wird und der Interviewer selbst keine Entscheidungen über die Zuordnung in der einen oder anderen Richtung trifft. Es ist dabei unerheblich, ob später alle Einzelfragen tatsächlich ausgewertet werden. Entscheidend ist vielmehr, daß unter Verzicht auf weitschweifige Erläuterungen (deren Weitergabe ohnehin vom Geschick der Interviewer abhängt) aus den Angaben der Befragten der tatsächliche Sachverhalt bei der Aufbereitung nach einheitlichen Gesichtspunkten ermittelt werden kann. Um dies zu erreichen, wurde das Frageschema gegenüber 1957 wesentlich vereinfacht und gestrafft, andererseits aber den Interviewern bedeutet, daß auch die vermeintlich unscheinbarste Frage für die spätere Auswertung wichtig sei.

Die Angaben der Befragten kommen dann den tatsächlichen Verhältnissen am nächsten, wenn jede Suggestivwirkung der gestellten Fragen ausgeschaltet wird. Dies gilt besonders für die Ermittlung der Wohnungswünsche, ihrer Richtung und des hieraus abzuleitenden Bedarfs. Die Interviewer waren angewiesen worden, bei der Frage, ob der betreffende Haushalt sich verändern wolle, zunächst die spontane Antwort abzuwarten, ob künftig eine Mietwohnung oder ein Eigenheim angestrebt wird und erst dann spezielle Fragen zu stellen, die den Realgehalt der Wunschbilder erkennen ließen. Auf diese Weise konnte jede Beeinflussung der Befragten während des Interviews vermieden und die tatsächliche Auffassung der Bevölkerung ermittelt werden.

Schnellaufbereitung als Leitstudie

Die Auswertung von rd. 190 000 Interviews erfordert einen erheblichen Arbeits-

und Zeitaufwand. Die Weichen für die künftige technische Aufbereitung müssen jedoch bereits verhältnismäßig früh gestellt werden. Vielfach ist zu diesem Zeitpunkt weder die Qualität des Erhebungsmaterials bekannt, noch besteht ein Überblick darüber, mit welchen Größenordnungen man bei bestimmten Problemen rechnen muß. Dies beeinträchtigt insofern den Entwurf des Tabellenprogramms, als die Genauigkeit der Erhebung und die zu vermutende Besetzung der Tabellenfelder darüber entscheiden, ob bei gegebenem Auswahlatz eine Aussage aus methodischen Gründen noch vertreten werden kann oder nicht, ob es also lohnt, bestimmte Tabellen aufzustellen.

Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, ist der allgemeinen Aufbereitung eine Schnellaufbereitung als Leitstudie vorgeschaltet worden. Bei ihr wurde unter Verzicht auf eine detaillierte Gliederung zunächst einmal festgestellt, welche Ausfälle sich bei der Befragung ergeben haben, und mit welchen Größenordnungen man rechnen kann. Erst im Anschluß an die Leitstudie wird dann das Programm der endgültigen Aufbereitung festgelegt. Selbstverständlich müssen die Anforderungen, die an eine Schnellaufbereitung gestellt werden, weitaus geringer sein als die an die endgültige Auswertung. Man kann nicht jeden Erhebungsbogen im einzelnen überprüfen, so daß sich bei der späteren genauen Durchsicht in Einzelfällen durchaus Abweichungen ergeben können. Einige Grundprobleme können jedoch bereits an Hand der Schnellauszählungen dargestellt werden. Die Leitstudie gestattet also über ihre Hinweise für den Entwurf des endgültigen Tabellenprogramms hinaus durchaus einige sachliche Aussagen zu einem recht frühen Zeitpunkt. Es erscheint daher zweckmäßig, ihre Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Die in den folgenden Tabellen genannten Zahlen beziehen sich auf die bei der Stichprobe erfaßten Wohnungen bzw. Haushalte und sind nicht auf das volle Ergebnis hochgerechnet worden. Im allgemeinen wird man die Größenordnungen, die sie repräsentieren, einigermaßen treffen, wenn man vereinfachend zwei Nullen anhängt. Der endgültige Hochrechnungsfaktor kann erst im Zuge der späteren Aufbereitung bestimmt werden.

Nur geringe Ausfälle bei der Erhebung

Auswahleinheit für die Erhebung bildeten die Wohnungen, und zwar sowohl jene Einheiten, die zur dauernden Unterbringung der Bevölkerung geeignet sind (Normalwohnungen), als auch die sog. "Notwohnungen". Das Anschriftenmaterial stammt aus der Wohnungszählung vom September 1956 und ist durch die Einbeziehung der Meldungen der Bautätigkeitsstatistik über die fertiggestellten Wohnungen auf den neuesten Stand (31. 12. 1959) gebracht worden. Hieraus war jede 100. Wohnungseinheit auszuwählen. Da alle in den betreffenden Wohnungen lebenden Haushalte (d.h. also sowohl die Wohnungsinhaber als auch die Mieter) erfaßt werden, ergibt sich hierbei zugleich eine Auswahl von 1 vH der in privaten Haushalten lebenden Bevölkerung.

Die Zahl der ausgewählten Wohnungen betrug im Bundesgebiet ohne Berlin 151 600. In 148 400 Wohnungen konnten die Befragungen durchgeführt werden. 1 820 Wohnungseinheiten standen zum Zeitpunkt der Erhebung leer, 1 430 konnten vom Interviewer nicht aufgesucht werden, da sie entweder inzwischen abgebrochen waren oder weil man sie, wie z.B. bei Einliegerwohnungen in Einfamilienhäusern, in die Wohnung des Gebäudeeigentümers mit einbezogen hatte, weil Umbauten erfolgten oder die betreffende Wohnung zweckentfremdet, z.B. gewerblichen Zwecken zugeführt worden war. Bei einer geringen Zahl der Fälle mag auch die aus der Bautätigkeitsstatistik übernommene Beschreibung der Lage der betreffenden Wohnungen unzureichend gewesen sein. Die Stichprobe läßt damit erkennen, daß über die Bautätigkeitsstatistik die Veränderungen des Wohnungsbestandes nicht

immer exakt erfaßt werden können. Für einen Teil der Baumaßnahmen, die Wohnungsabgänge herbeiführen, wird keine Baugenehmigung benötigt. In manchen Fällen werden bauliche Veränderungen ohnehin nicht erforderlich sein, um Wohnungen zusammenzulegen, so daß auch keine statistischen Meldeformulare ausgefüllt werden. Die 1 430 nicht auffindbaren Wohnungen stellen also keinen Fehler der Stichprobe, sondern eher eine Korrektur der Fortschreibung des Wohnungsbestandes dar. Gemessen an der Zahl der ausgewählten Wohnungen ist der Prozentsatz mit 0,9 vH jedoch verhältnismäßig gering.

Bei den leerstehenden Wohnungen - hochgerechnet dürften es im Bundesgebiet ohne Berlin etwa 182 000 Einheiten oder 1,2 vH aller Wohnungen gewesen sein - handelt es sich im übrigen nicht um eine "Leerraumreserve", denn diese Einheiten dürften im allgemeinen bereits fest vergeben, zum Zeitpunkt der Erhebung jedoch noch nicht bezogen gewesen sein.

Die leerstehenden Wohnungen sind am häufigsten in den kleineren Gemeinden aufgetaucht. So waren nach den Ergebnissen der Stichprobe in den Dörfern und Flecken mit weniger als 2 000 Einwohnern im Frühjahr 1,9 vH der dortigen Wohnungen nicht belegt, in den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern dagegen nur 0,8 vH. Das wird zum Teil daran liegen, daß sich in kleineren Gemeinden häufiger massive Wochenendhäuser von Haushalten finden, die ihren ständigen Wohnsitz vielfach in den Großstädten haben und ihre zweite Unterkunft nur zu gewissen Zeiten des Jahres bewohnen.

Zu den bisher genannten "Ausfällen" kommen jene hinzu, in denen die Wohnung zwar belegt war, der Interviewer die Haushalte jedoch nicht befragte oder nicht befragen konnte. Hierdurch fielen die Angaben für 5 300 Haushalte aus. Entgegen den landläufigen Vorstellungen spielten Auskunftsverweigerungen hierbei eine derart geringe Rolle, daß sie für die Interpretation der Ergebnisse praktisch bedeutungslos sind. Es ergaben sich nur 916 Auskunftsverweigerungen, das sind lediglich 0,5 vH des eigentlichen Solls. Viel bedeutsamer sind die Fälle, in denen der Interviewer den Haushalt nicht antreffen konnte, weil er längere Zeit abwesend war. Es handelt sich immerhin um rd. 3 900 Fälle. Die verhältnismäßig hohe Zahl der abwesenden Haushalte zeigt, wie wichtig die Wahl des richtigen Erhebungszeitraums ist. Die Monate April und Mai liegen zwar außerhalb der allgemeinen Urlaubszeit, dennoch ist der Anteil nicht unbedeutend.

Der Prozentsatz der gesamten Ausfälle schwankt nur gering von Gemeindegrößenklasse zu Gemeindegrößenklasse. Über dem Bundesdurchschnitt von 4,7 vH liegen die Großstädte, darunter die übrigen Gemeinden. Überraschend ist der gute Erfolg in den Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. In allen Gemeindegrößenklassen spielen die Ausfälle durch Abwesenheit des Zielhaushalts die entscheidende Rolle bei deutlich zunehmendem Gewicht mit steigender Gemeindegröße.

Von den gesamten Ausfällen berührt jedoch nur weniger als die Hälfte (2,2 vH) die Ergebnisse der Stichprobe. Sie dürften die Brauchbarkeit der Ergebnisse nicht beeinflussen.

Die Belegung der erfaßten Wohnungseinheiten

Insgesamt sollten im Zuge der Erhebung im Bundesgebiet ohne Berlin 151 600 "Wohnungseinheiten" aufgesucht werden. Setzt man die 3 250 Einheiten ab, die entweder leerstanden oder nicht aufgefunden werden konnten, so erfaßte die Stichprobe 148 400 Einheiten, für die sich Angaben über ihre Belegung mit Haushalten machen lassen. Hochgerechnet entspricht dies etwa 14,8 Mill. Woh-

nungen. Diese Zahl kann nicht ohne weiteres mit dem fortgeschriebenen Wohnungsbestand vom 31. 12. 1959 (rd. 14,3 Mill.) verglichen werden, denn in ihr ist auch eine vorerst noch unbekannte Zahl von behelfsmäßigen Wohngelegenheiten und von Notwohnungen enthalten, die bei der Fortschreibung des Wohnungsbestandes, der sich nur auf die Normalwohnungen bezieht, nicht mitgezählt werden.

Rd. 12,36 Mill. oder mehr als 83 vH der Wohnungseinheiten sind nur mit einem Haushalt belegt; in 2,10 Mill. Wohnungen oder 14,2 vH der Fälle wurde ein Untermieter (Einzelperson oder Mehrpersonenhaushalt) aufgenommen, und nur in knapp 380 000 (2,5 vH) Einheiten lebten zwei oder mehrere Untermieter mit dem Wohnungsinhaber zusammen in der Wohnung. Im großen und ganzen ist das ein recht günstiges Bild, wobei selbstverständlich die unterschiedliche Belegung der Eigentümerwohnungen und der Mietwohnungen später zu ermitteln sein wird und vor allem das Herausarbeiten der unterschiedlichen Verhältnisse in den Normalwohnungen und Notwohnungen noch aussteht.

Besonders aufschlußreich ist eine Gliederung nach Gemeindegrößenklassen. Sie läßt eindeutig erkennen, daß von den Gemeinden mit 2 000 Einwohnern ab die Mehrfachbelegung mit zunehmender Gemeindegröße steigt. Nur in 14 vH der Wohnungseinheiten der kleinen Gemeinden finden sich Untermieter, aber immerhin in 21 vH der Einheiten der Großstädte mit 500 000 und mehr Einwohnern. Die Verhältnisse in den Dörfern und Flecken mit weniger als 2 000 Einwohnern entsprechen in etwa denen der Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern.

Die Ergebnisse werden ihrer Tendenz nach durch eine Gliederung nach wirtschaftsräumlichen Einheiten bestärkt. Die Ballungskerne einerseits und die Agrarzonen andererseits weisen die ungünstigsten Belegungsverhältnisse auf, soweit man ohne Gliederung der Wohnungen nach qualitativen Merkmalen, ihrer Raumzahl und ihrer Fläche sowie der Zahl ihrer Bewohner, ein solches Urteil fällen kann. In den Agrarzonen spielt dabei z.T. die bautechnische Gestaltung der Bauernhäuser eine Rolle, wodurch einliegende Haushalte bei oft ausreichenden Unterbringungsverhältnissen nach dem üblichen Wohnungsbegriff als Untermieter gelten. Häufig handelt es sich bei diesen "Untermietern" um Verwandte.

Die Ergebnisse für Länder sind schließlich ein getreues Spiegelbild ihrer gemeindlichen Strukturen. Häufig ist die Mehrfachbelegung noch in Niedersachsen und in Bayern, was zum Teil mit der bautechnischen Gestaltung der dortigen Gebäude zusammenhängt. Am geringsten erscheint sie in Baden-Württemberg, wo nach allen vorliegenden Unterlagen die Wohnungsversorgung verhältnismäßig günstig ist, sowie im Saarland.

Wohnungswünsche, Wohnungsbedarf, kaufkräftige Nachfrage.

Auf dem Hintergrund der Wohnungsversorgung muß man jene Ergebnisse der Erhebung sehen, die sich auf den Wohnungsbedarf beziehen. Er ist, wie alle bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nur im Wege einer persönlichen Befragung der Haushalte zu ermitteln.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß nicht nur die subjektive Unzufriedenheit mit der augenblicklichen Unterbringung festzustellen ist, sondern daß ergänzend hierzu ermittelt werden muß, ob diese Unzufriedenheit den betreffenden Haushalt dazu veranlaßt hat, etwas zu unternehmen, um den derzeitigen Zustand zu ändern. Nur wenn ein Haushalt auf diese Weise seine Wünsche am Markt bekundet, werden sie zum Bedarf - anders könnte man sie nur der persönlichen Sphäre und damit rein psychologischen Bereichen zurechnen.

Innerhalb des so ermittelten Bedarfs ist dann noch der Umfang und die Richtung

der kaufkräftigen Nachfrage abzutasten; nur dort, wo der geäußerte Bedarf mit den nötigen Mitteln versehen ist, wird er zur effektiven Nachfrage. Allerdings muß man hierbei sehr vorsichtig vorgehen. Der sog. "Wohnungsmarkt" zerfällt bei näherem Zusehen in eine Vielzahl regionaler und sachlicher Teilmärkte, auf denen unterschiedliche Angebots- und Nachfrageverhältnisse herrschen. Der Haushalt kann selbst entscheiden, auf welchem "Teilmarkt" er seinen Bedarf äußern will. Wie weit er zum Zuge kommt, hängt dann von den Forderungen ab, denen er sich auf diesem Markt gegenüber sieht. Die Maßstäbe der einzelnen Märkte sind verschieden. Da werden z.B. im Zeichen des Arbeitskräftemangels Wohnungen beträchtlich unterhalb der Kostenmiete angeboten, nur um einen Hausbewohner zu gewinnen, der den Garten mitversorgt. "Kaufkraft" als Mietzahlungsbereitschaft in Geldeinheiten ausgedrückt wäre für einen derartigen Teilmarkt also kein Maßstab. Andererseits werden für bestimmte Wohnungen, die gewisse Präferenzen wegen ihrer Lage usw. genießen, neben verhältnismäßig hohen Mieten zusätzlich Baukostenzuschüsse in offener oder versteckter Form verlangt. Hier läßt sich zwar die Gesamtforderung des Vermieters in monatliche Beträge umrechnen, aber neben der reinen Mietzahlungsbereitschaft des künftigen Mieters müßte zusätzlich auch seine sonstige finanzielle Leistungsfähigkeit erkundet werden. Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um die Schwierigkeiten erkennen zu lassen, die "kaufkräftige Nachfrage" abzugrenzen.

Jede Untersuchung, die sich mit der Frage des Wohnungsbedarfs aus der Sicht der Haushalte befaßt, hat es daher mit drei Größen zu tun:

1. den Wohnungswünschen als dem Ausdruck der subjektiven Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Zustand;
2. den sich hieraus ergebenden Handlungen der Bevölkerung, die aus den Wünschen den Bedarf entstehen lassen und
3. der "kaufkräftigen Nachfrage" innerhalb des Bedarfs, die je nach den einzelnen regionalen und sachlichen Teilmärkten, auf denen der Haushalt als Nachfragender aufzutreten gedenkt, verschieden beurteilt werden muß.

Das Herausarbeiten dieser Zusammenhänge erfordert eine Fülle an Kleinarbeit und damit Zeit. Die Zahl der Wohnungswünsche und die Richtung dieser Wünsche sind jedoch die entscheidenden Ausgangsgrößen, von denen jede weitere Überlegung ausgehen muß.

Die Zahl der Wohnungswünsche

Nach den Ergebnissen der Schnellaufbereitung wird man annehmen können, daß im Bundesgebiet (ohne Berlin) in den Monaten April und Mai dieses Jahres rd. 2,8 Mill. Haushalte mit ihrer derzeitigen Unterkunft unzufrieden waren und eine andere Wohnung wünschten. Dies bedeutet einen kräftigen Rückgang der Zahl der Wohnungswünsche gegenüber 1957, wo immerhin noch 3,3 Mill. Haushalte sich verändern wollten. Die Wünsche beziehen sich zum Teil auf größere und bessere Wohnungen, zum Teil auf eine eigene abgeschlossene Wohnung überhaupt. Die Größenordnung ist schon deshalb - ohne hier auf Einzelheiten näher einzugehen - mit dem sogenannten Wohnungsdefizit nicht vergleichbar. Letzteres läßt - als absolute Größe betrachtet - erkennen, wie viele Wohnungseinheiten noch fehlen, um eine bestimmte allgemeine Mindestversorgung der Bevölkerung zu erreichen. Die Befragung der Haushalte vermittelt dagegen einen Überblick, wie viele Haushalte auf Grund ihrer eigenen Entschlüsse und Wünsche eine andere Wohnung wünschen. Ob die Mindestversorgung hierbei erreicht oder gar überschritten wird, spielt keine Rolle. Der Rückgang um 0,5 Mill. gegenüber 1957 angesichts eines Wohnungszugangs im gleichen Zeitraum von ca. 1,5 Mill. gut ausgestatteter Normalwohnungen mag zunächst gering erscheinen; aber mit der allgemeinen Verbesserung der Wohnungsversorgung ändern sich auch die Leitbilder dessen,

was man für erstrebenswert hält. Es hat ferner den Anschein, als ob der Wunsch, aus einer normalen Wohnung herauszugehen und eine bessere zu beziehen (sog. "Wechsler"), ein stärkeres Gewicht als 1957 gewonnen hat.

Die Wünsche sind sehr stark von der gegenwärtigen Unterbringung abhängig. Hierbei läßt sich zunächst allerdings nur zwischen Wohnungsinhaberhaushalten - also Eigentümer- und Hauptmieterhaushalten in Normal- und Notwohnungen - einerseits und Untermieterhaushalten andererseits unterscheiden. Die qualitative Seite der derzeitigen Unterbringung und der hier mit den Wohnungswünschen bestehenden Zusammenhänge kann erst später im Zuge der allgemeinen Aufbereitung dargelegt werden.

Von den 173 000 Haushalten, für die Interviews durchgeführt werden konnten, hatten rd. 28 000 oder 16,1 vH den Wunsch nach einer anderen Wohnung geäußert. Hiervon waren 20 100 Wohnungsinhaber und 7 800 Untermieterhaushalte. Der Prozentsatz der Unzufriedenen betrug bei den "Inhabern" 14 vH, bei den Untermietern dagegen 27 vH. Der verhältnismäßig geringe Anteil der Untermieter, die sich überhaupt verändern wollen, mag zunächst überraschen. Es wird aber häufig übersehen, daß sich unter den Untermietern zahlreiche jüngere Einzelpersonen befinden, die noch in Ausbildung stehen. Das Streben nach einer eigenen Wohnung ist bei den Jüngeren eine Ausnahme und beschränkt sich auf recht zahlungskräftige Schichten. Bei den Untermieter-Mehrpersonenparteien muß berücksichtigt werden, daß auf dem Land das Zusammenwohnen mehrerer miteinander verwandter Parteien in einer Wohnungseinheit keineswegs etwas Ungewöhnliches darstellt und anders bewertet wird als unter städtischen Verhältnissen.

Von 100 befragten Haushalten äußerten Wohnungswünsche:

in Gemeinden mit Einw.		bei		insgesamt
		Wohnungs- inhaber- haushalten	Unter- mieter- haushalten	
weniger als	2 000	8,9	22,9	11,2
2 000 bis unter	5 000	10,7	23,8	12,5
5 000 bis unter	10 000	12,3	24,2	14,0
10 000 bis unter	20 000	13,7	28,0	15,9
20 000 bis unter	50 000	15,3	27,1	17,1
50 000 bis unter	100 000	16,0	30,7	18,6
100 000 bis unter	200 000	18,1	25,2	19,3
200 000 bis unter	500 000	18,6	30,3	20,7
500 000 und mehr		17,8	29,4	20,2
Dagegen im Bundesgebiet (ohne Berlin)		14,0	26,7	16,1

Der Prozentsatz der Haushalte mit Wohnungswünschen steigt eindeutig mit zunehmender Gemeindegröße. Er ist am höchsten in den Großstädten mit 200 000 und mehr Einwohnern, wo jeder fünfte befragte Haushalt sich verändern möchte. Allerdings ist das Bild bei Wohnungsinhaber- und Untermieterhaushalten nicht einheitlich. Bei den Wohnungsinhabern läßt sich eine steigende "Unzufriedenheit" mit zunehmender Gemeindegröße feststellen; in den Großstädten möchten sich doppelt so viele Wohnungsinhaberhaushalte verändern wie in den kleinen Landgemeinden. Bei den Untermietern sind die Verhältnisse je nach der gemeindlichen Struktur verschieden.

Stellt man zahlenmäßig die Wohnungsinhaber- und die Untermieterhaushalte mit Wohnungswünschen gegenüber, so ergibt sich eindeutig ein sehr starkes Übergewicht der Wohnungsinhaberhaushalte. Selbst wenn man berücksichtigt, daß unter

den Wohnungsinhabern eine nicht unbeträchtliche Zahl von Haushalten vertreten ist, die noch in Notwohnungen leben, d.h. also nicht als "versorgt" im Sinne einer Mindestunterbringung angesehen werden können, so darf doch vermutet werden, daß die sog. "Wechsler" ein weitaus stärkeres Gewicht als 1957 gewonnen haben. Dies hat für die Entwicklung auf den Wohnungsmärkten tiefgreifende Folgen und beeinflußt selbstverständlich auch den Umfang der Bautätigkeit, der erforderlich ist, die Märkte in dem Sinne funktionsfähig zu gestalten, daß zwischen Angebot und Nachfrage keine allzu starken Spannungen auftreten können. Das starke Gewicht der Wechsler gestaltet ferner die Markterkundung besonders schwierig, weil ihre Wünsche ebenso differenziert wie bestimmt sind und weil sie die Befriedigung ihrer Nachfrage u.U. auf einen für sie günstigen Zeitpunkt hinausschieben können.

Die Überlegungen bezüglich der Zusammenhänge zwischen Gemeindegröße und Wohnungswünschen werden ergänzt und abgerundet durch eine Auszählung nach ökonomischen Strukturzonen.

Von 100 befragten Haushalten äußerten Wohnungswünsche:

	bei		
	Wohnungs- inhaber- haushalten	Unter- mieter- haushalten	insgesamt
Ökonomische Strukturzonen			
Ballungszone, Kerngebiet	18,0	29,7	20,3
Randgebiet	13,6	26,3	15,6
Industriezone	12,0	25,7	14,0
Mischzone	12,0	23,4	13,9
Agrarzone	11,8	26,4	14,3

Wie sich aus den Ergebnissen nach Gemeindegrößenklassen schon vermuten läßt, zeigt sich in den Ballungszonen ein relativ hoher Prozentsatz unzufriedener Untermieter-Haushalte und Wohnungsinhaber-Haushalte. Bei den Untermietern ergibt sich insofern eine gewisse Ergänzung der bisherigen Ausführungen, als die Wünsche nach einer eigenen Wohnung - abgesehen von den Ballungskernen - in den Agrarzonen am stärksten sind. Dies bedeutet, daß für eine Auswertung, die die Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Gebieten klären will, neben den Ergebnissen für Gemeindegrößenklassen auch Unterlagen über die ökonomischen Strukturzonen herangezogen werden müssen.

Die unterschiedliche Lage auf den einzelnen Wohnungsmärkten läßt sich dadurch kennzeichnen, daß man die Wohnungswünsche auf die Zahl der erfaßten Wohnungseinheiten bezieht. Allerdings umfassen die Wohnungseinheiten bei dem gegenwärtigen Stand der Aufbereitung auch noch jene Wohnungen, die nicht zur dauernden Unterbringung der Bevölkerung geeignet sind (Notwohnungen). Dennoch läßt bereits diese Gegenüberstellung die möglichen Spannungsverhältnisse der einzelnen regionalen Märkte erkennen. Sie werden allerdings dadurch gemildert, daß die Wünsche nicht zugleich Bedarf sind, und es muß vorerst auch offen bleiben, ob die Haushalte, die eine andere Wohnung anstreben, innerhalb ihrer Gemeindegrößenklasse bleiben wollen oder nicht.

Mit zunehmender Gemeindegröße wird das Verhältnis der Wohnungswünsche zu den vorhandenen Wohnungseinheiten immer ungünstiger. Auf 1 000 Wohnungen kommen in den kleinen Gemeinden 134 Wohnungswünsche, in den Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern dagegen 255.

Die Richtung der Wohnungswünsche

Von den 28 000 befragten Haushalten, die sich für eine andere Wohnung erklärt hatten, wollten 6 300 als Eigentümer im eigenen Haus, 500 als Besitzer einer Eigentumswohnung, 21 000 zur Miete und 600 als Untermieter in einer Wohnung oder in einer Anstalt (meist Altersheim) wohnen. Auf Eigentumsmaßnahmen reflektieren damit rd. 25 vH der Haushalte, die Wünsche äußerten, während 73 vH der Nutzung zur Miete den Vorzug gaben.

Die Richtung der Wohnungswünsche weicht in den Gemeindegrößenklassen sehr stark voneinander ab. Wenn sich in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern nahezu 47 vH der Wünsche auf das Wohnen im eigenen Haus erstrecken und in den Großstädten mit 500 000 und mehr Einwohnern dagegen nur 10 vH, dann hängt dies sowohl mit der gegebenen Sozial- und Siedlungsstruktur der betreffenden Gemeinden wie mit den unterschiedlichen Möglichkeiten zusammen, sich Bauland zu verschaffen. Die Ergänzungen und Erläuterungen der Interviewer in den Erhebungsbogen geben gerade hierzu zahlreiche Hinweise.

Auch hier bestätigt wiederum die Zusammenstellung der Ergebnisse nach ökonomischen Strukturzonen die aus der Darstellung für Gemeindegrößenklassen abzuleitende Tendenz. In den Agrarzonen ist der Prozentsatz derjenigen am größten, die Eigentumsmaßnahmen anstreben, in den Ballungskernen dagegen am geringsten. Von den rd. 2,1 Mill. Mietwohnungen, die angestrebt werden, liegen 0,9 Mill. in den Ballungskernen.

Die derzeitige Unterbringung beeinflusst selbstverständlich stark die Richtung der Wünsche. Wer bereits eine eigene Wohnung hat und sich lediglich verbessern möchte, wird, sofern er die finanziellen Möglichkeiten hierzu hat, vielfach ein eigenes Haus anstreben. Dies gilt besonders dann, wenn das bisherige Mietgefüge in Bewegung gerät und die künftig zu erwartenden Marktmieten - größtenteils an den Kosten orientiert - zu Belastungen des Haushaltseinkommens führen, die es auch gestatten, die beim Bau eines eigenen Hauses aufgenommenen Fremdmittel zu tilgen und zu verzinsen.

Unter den derzeitigen Wohnungsinhabern ist daher in allen Gemeindegrößenklassen der Prozentsatz derjenigen verhältnismäßig hoch, die künftig das Wohnen im eigenen Haus anstreben. In den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern wollen mehr als die Hälfte dieser Haushalte im eigenen Haus wohnen. In den übrigen Gemeinden sinkt dann der Anteil der angestrebten Eigentumsmaßnahmen auch bei den Wohnungsinhaber-Haushalten mit zunehmender Gemeindegröße stark und liegt in den Großstädten zwischen 13 und 16 vH. Auch bei den Untermietern der kleineren Gemeinden spielt das eigene Haus in den Wunschvorstellungen eine erhebliche Rolle, denn etwa 37 vH der Untermieter mit Wohnungswünschen wollten hier künftig in einer Wohnung im eigenen Haus leben; in den Städten mit 500 000 und mehr Einwohnern sind es dagegen nur noch etwa 5 vH.

Die Ergebnisse der Leitstudie dürften einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Erhebung vermittelt haben. Sie lassen aber auch erkennen, wie differenziert sich die weitere Bearbeitung vollziehen müssen. Dies gilt nicht nur für das Herausarbeiten der unterschiedlichen Qualität der vorhandenen Wohnungen, sondern vor allem für die Zusammenhänge zwischen Wohnungswünschen, Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage. Die ausführlichen und endgültigen Ergebnisse fallen in den nächsten Monaten länderspezifisch an; mit Bundesergebnissen wird allerdings erst ab Mai nächsten Jahres zu rechnen sein.

E r l ä u t e r u n g e n

Haushalt

Als Haushalt im Sinne dieser Statistik gilt jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft (Haushalt) führt, d.h. ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanziert und insbesondere zusammen wohnt. Als eigener Haushalt gilt auch jede für sich allein wirtschaftende Einzelperson, z.B. Einzeluntermieter und Schlafgänger. Am Befragungstag aus beruflichen oder sonstigen Gründen abwesende Personen, die in der Wohnung des Haushalts wohnberechtigt waren, sowie die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen (nicht jedoch Vermisste und Verschollene) zählten ebenfalls zum Haushalt; dagegen nicht die nur auf Besuch befindlichen Personen. Zum Haushalt rechneten auch die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte (Knechte, Mägde), Hausgehilfinnen, Wirtschaftserinnen, Lehrlinge, Pflegekinder und Altenteiler in freier Kost und Logis.

Haushaltsteile sind einzelne oder mehrere Haushaltsmitglieder, die aus dem Haushalt ausscheiden wollen, um eine eigene Unterkunft zu beziehen.

Haushaltsteile

siehe unter "Haushalt"

Strukturzone

Strukturzonen sind wirtschaftsräumliche Einheiten entsprechend den ökonomischen Strukturzonen nach Isenberg. Hierbei wird jeweils nach Besiedlungsdichte und der gewerblichen Struktur in Ballungszone (Kerngebiet), Ballungszone (Randgebiet), Industriezone, Mischzone und Agrarzone unterteilt. Vergleiche hierzu "Bemerkungen zu einer Karte der ökonomischen Strukturzonen in der Bundesrepublik Deutschland" in "Informationen des Instituts für Raumforschung" vom 14. Oktober 1959, Nr. 19, Seite 475 ff".

Wohnung

Als Wohnung gilt in der Regel die Gesamtheit der Räume, die der baulichen Anlage nach zur Unterbringung eines Haushalts bestimmt ist und folgende Merkmale aufweist:

a) eine eigene Küche oder Kochnische, b) einen eigenen Wohnungseingang unmittelbar vom Treppenhaus oder von einem Vorraum oder von außen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in dieser Wohnungseinheit zum Zeitpunkt der Erhebung ein oder mehrere Haushalte untergebracht waren, auch wenn für jeden dieser Haushalte eine eigene Kochgelegenheit eingerichtet wurde. Bei Mehrfamilien- bzw. Etagenmiethäusern ist jede abgeschlossene Etagenwohnung einschließlich der dazugehörigen, gegebenenfalls auch außerhalb des Abschlusses liegenden Einzelräume (z.B. Mansarden, separate Zimmer) als Ganzes eine Wohnung. Einfamilienhäuser gelten in der Regel als eine Wohnung. Eine zweite (oder weitere) Wohnung liegt hier nur dann vor, wenn die dazugehörigen Räume im Stockwerk zusammen liegen, eine vollausgebaute Küche oder Kochnische umfassen und nicht nur vorübergehend zur Unterbringung eines eigenen Haushalts vorgesehen sind.

Bei bäuerlichen Anwesen gilt in der Regel das ganze Bauernhaus als eine Wohnung, zu der auch gegebenenfalls Einzelräume in den dazugehörigen Wirt-

schaftsgebäuden (z.B. Knechtekammer im Stallgebäude, Altenteilerzimmer in einem Anbau) zu zählen sind. Eine zweite (oder weitere) Wohnung ist nur dann vorhanden, wenn die gleichen Voraussetzungen gegeben sind wie für eine zweite (oder weitere) Wohnung im Einfamilienhaus. Die Wohnungen können sowohl in normalen Wohngebäuden als auch in Nichtwohn- oder Notwohngebäuden liegen.

In den hier genannten Wohnungseinheiten sind auch solche enthalten, die lediglich eine behelfsmäßige Küche oder Kochnische aufweisen. Eine genaue Gliederung der erfaßten Wohnungen etwa entsprechend der bisher üblichen Unterteilung in "Normal- und Notwohnungen" ist erst bei der weiteren Aufbereitung möglich. In den hier genannten Zahlen sind daher auch Einheiten enthalten, die nicht zur ständigen Unterbringung von Haushalten geeignet sind (sog. Notwohnungen).

Wohnungsinhaber

Wohnungsinhaber sind alle Haushalte, die eine eigene Wohnung innehaben. Das sind entweder Hauptmieterhaushalte, die einen Mietvertrag mit dem Eigentümer des Gebäudes abgeschlossen haben, oder Eigentümerhaushalte. Um einen Eigentümerhaushalt handelt es sich, wenn entweder dem Haushaltsvorstand oder einem Haushaltsmitglied das Gebäude, in dem der Haushalt wohnt, ganz oder teilweise (Erbengemeinschaft) gehört (Eigentümer des Gebäudes) oder aber wenn der Haushalt die Wohnung im Eigentumsrecht erworben (gekauft) hat (Eigentümer der Wohnung).

Wohnungswunsch

Als Wohnungswunsch ist die beabsichtigte wohnungsmäßige Veränderung eines Haushalts gegenüber seiner jetzigen Unterkunft zu verstehen. Ein Wohnungswunsch kann von dem ganzen Haushalt in der am Befragungstag festgestellten Zusammensetzung oder auch nur von einzelnen Haushaltsangehörigen (Haushaltsteilen - auch mehreren) geäußert werden.

Wohnungswünsche sind nur dann zugleich Wohnungsbedarf, wenn der betreffende Haushalt konkrete Schritte unternommen hat, um zu einer anderen Wohnung zu gelangen (z.B. Beschaffung eines Bauplatzes für das gewünschte Eigenheim, Verhandlungen mit einem Wohnungsunternehmen über eine Mietwohnung). Der Wohnungsbedarf in diesem Sinne wird im Zuge der weiteren Aufbereitung ermittelt werden.

1. Zahl der Wohnungen und ihre Belegung mit Haushalten
im Bundesgebiet nach Gemeindegrößenklassen, Ländern und Strukturzonen
Ergebnisse der 1. vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) ¹⁾

Gemeindegrößenklasse — Land — Strukturzone	Wohnungen insgesamt		Wohnungen leerstehend oder nicht auffindbar		Wohnungen ohne leerstehende oder nicht auffindbare		Von den Wohnungen waren belegt mit							
							1 Haushalt		2 Haushalten		3 Haushalten		4 und mehr Haushalten	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH

a) nach Gemeindegrößenklassen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Gemeinden mit ... Einwohnern														
unter 2 000	31 896	100	804	2,5	31 092	100	26 033	83,7	4 304	13,9	600	1,9	155	0,5
2 000 bis unter 5 000	18 230	100	412	2,3	17 818	100	15 375	86,3	2 137	12,0	253	1,4	53	0,3
5 000 " " 10 000	13 405	100	306	2,3	13 099	100	11 271	86,0	1 548	11,8	221	1,7	59	0,5
10 000 " " 20 000	11 161	100	257	2,3	10 904	100	9 278	85,1	1 408	12,9	168	1,5	50	0,5
20 000 " " 50 000	15 872	100	325	2,0	15 547	100	13 142	84,5	2 053	13,2	274	1,8	78	0,5
50 000 " " 100 000	10 373	100	200	1,9	10 173	100	8 445	83,0	1 471	14,5	203	2,0	54	0,5
100 000 " " 200 000	11 092	100	221	2,0	10 871	100	9 003	82,8	1 603	14,8	207	1,9	58	0,5
200 000 " " 500 000	12 654	100	256	2,0	12 398	100	10 082	81,3	1 973	15,9	277	2,3	66	0,5
500 000 und mehr	26 941	100	470	1,7	26 471	100	20 921	79,0	4 527	17,1	782	3,0	241	0,9

b) nach Ländern

Schleswig-Holstein	6 956	100	159	2,3	6 797	100	5 725	84,2	928	13,7	114	1,7	30	0,4
Hamburg	5 764	100	87	1,5	5 677	100	4 333	76,3	1 077	19,0	202	3,6	65	1,1
Niedersachsen	17 230	100	306	1,8	16 924	100	12 950	76,5	3 222	19,0	583	3,5	169	1,0
Bremen	2 244	100	19	0,8	2 225	100	1 869	84,0	309	13,9	31	1,4	16	0,7
Nordrhein-Westfalen	44 071	100	869	2,0	43 202	100	36 696	84,9	5 648	13,1	688	1,6	170	0,4
Hessen	14 020	100	244	1,7	13 776	100	11 828	85,9	1 689	12,3	210	1,5	49	0,3
Rheinland-Pfalz	9 745	100	258	2,7	9 487	100	8 050	84,8	1 298	13,7	111	1,2	28	0,3
Baden-Württemberg	22 164	100	674	3,0	21 490	100	18 516	86,2	2 534	11,8	346	1,6	94	0,4
Bayern	25 986	100	562	2,2	25 424	100	20 414	80,3	4 130	16,2	688	2,7	192	0,8
Saarland	3 444	100	73	2,1	3 371	100	3 169	94,0	189	5,6	12	0,4	1	0,0
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>	151 624	100	3 251	2,1	148 373	100	123 550	83,3	21 024	14,2	2 985	2,0	814	0,5
Berlin (West)	8 553	100	222	2,6	8 331	100	6 754	81,1	1 355	16,3	163	1,9	59	0,7
<u>Bundesgebiet einschl. Berlin (West)</u>	160 177	100	3 473	2,2	156 704	100	130 304	83,1	22 379	14,3	3 148	2,0	873	0,6

c) nach Strukturzonen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Ballungszone, Kerngebiet	42 829	100	809	1,9	42 020	100	33 938	80,8	6 741	16,0	1 039	2,5	302	0,7
Ballungszone, Randgebiet	26 235	100	592	2,3	25 643	100	21 687	84,6	3 413	13,3	440	1,7	103	0,4
Industriezone	34 544	100	723	2,1	33 821	100	28 846	85,3	4 312	12,7	537	1,6	126	0,4
Mischzone	30 888	100	713	2,3	30 175	100	25 261	83,7	4 098	13,6	636	2,1	180	0,6
Agrarzone	17 128	100	414	2,4	16 714	100	13 818	82,7	2 460	14,7	333	2,0	103	0,6

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

2. Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews nach der Art der Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1. vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) 1)

a) nach Gemeindegrößenklassen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Art der Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		In den Haushalten kamen Interviews											
			zustande						nicht zustande					
			zusammen			davon			zusammen			davon		
						mit Wohnungswunsch	ohne Wohnungswunsch					Wohnung leerstehend	Wohnung nicht auffindbar	Haushalt längere Zeit abwesend
	Anzahl	vH	Anzahl	vH		Anzahl		vH	Anzahl			Anzahl		
Gemeindegrößenklasse 1 (Gemeinden unter 2 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	31 896	84,1	30 535	83,8	2 729	27 806	1 361	91,4	597	207	385	98	74	
vH	100		95,7	100	8,9	91,1	4,3	100	43,9	15,2	28,3	7,2	5,4	
Untermieter	6 027	15,9	5 899	16,2	1 353	4 546	128	8,6	-	-	104	12	12	
vH	100		97,9	100	22,9	77,1	2,1	100	-	-	81,2	9,4	9,4	
Haushalte zusammen	37 923	100	36 434	100	4 082	32 352	1 489	100	597	207	489	110	86	
vH	100		96,1	100	11,2	88,8	3,9	100	40,1	13,9	32,8	7,4	5,8	
Gemeindegrößenklasse 2 (Gemeinden mit 2 000 bis unter 5 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	18 230	86,6	17 409	86,3	1 856	15 553	821	92,7	266	146	269	87	53	
vH	100		95,5	100	10,7	88,3	4,5	100	32,4	17,8	32,8	10,6	6,4	
Untermieter	2 818	13,4	2 753	13,7	656	2 097	65	7,3	-	-	45	8	12	
vH	100		97,7	100	23,8	76,2	2,3	100	-	-	68,2	12,3	18,5	
Haushalte zusammen	21 048	100	20 162	100	2 512	17 650	886	100	266	146	314	95	65	
vH	100		95,8	100	12,5	87,5	4,2	100	30,0	16,5	35,5	10,7	7,3	
Gemeindegrößenklasse 3 (Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	13 405	86,8	12 741	86,5	1 568	11 173	664	92,1	177	129	236	57	65	
vH	100		95,0	100	12,3	87,7	5,0	100	26,7	19,4	35,5	8,6	9,8	
Untermieter	2 217	14,2	2 160	14,5	522	1 638	57	7,9	-	-	37	12	8	
vH	100		97,4	100	24,2	75,8	2,6	100	-	-	64,9	21,1	14,0	
Haushalte zusammen	15 622	100	14 901	100	2 090	12 811	721	100	177	129	273	69	73	
vH	100		95,4	100	14,0	86,0	4,6	100	24,5	17,9	37,9	9,6	10,1	
Gemeindegrößenklasse 4 (Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	11 161	85,2	10 597	84,8	1 454	9 143	564	93,2	133	124	210	70	27	
vH	100		94,9	100	13,7	86,3	5,1	100	23,6	22,0	37,2	12,4	4,8	
Untermieter	1 937	14,8	1 896	15,2	530	1 366	41	6,8	-	-	31	2	8	
vH	100		97,9	100	28,0	72,0	2,1	100	-	-	75,6	4,9	19,5	
Haushalte zusammen	13 098	100	12 493	100	1 984	10 509	605	100	133	124	241	72	35	
vH	100		95,4	100	15,9	84,1	4,6	100	22,0	20,5	39,8	11,9	5,8	
Gemeindegrößenklasse 5 (Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	15 872	84,7	15 066	84,3	2 300	12 766	806	92,1	163	162	357	88	36	
vH	100		94,9	100	15,3	84,7	5,1	100	20,2	20,1	44,3	10,9	4,5	
Untermieter	2 878	15,3	2 809	15,7	762	2 047	69	7,9	-	-	49	11	9	
vH	100		97,6	100	27,1	72,9	2,4	100	-	-	71,0	15,9	13,1	
Haushalte zusammen	18 750	100	17 875	100	3 062	14 813	875	100	163	162	406	99	45	
vH	100		95,3	100	17,1	82,9	4,7	100	18,6	18,5	46,4	11,3	5,2	
Gemeindegrößenklasse 6 (Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern)														
Wohnungsinhaber	10 373	83,2	9 873	82,8	1 583	8 290	500	91,9	85	115	216	59	25	
vH	100		95,2	100	16,0	84,0	4,8	100	17,0	23,0	43,2	11,8	5,0	
Untermieter	2 093	16,8	2 049	17,2	630	1 419	44	8,1	-	-	28	6	10	
vH	100		97,9	100	30,7	69,3	2,1	100	-	-	63,7	13,6	22,7	
Haushalte zusammen	12 466	100	11 922	100	2 213	9 709	544	100	85	115	244	65	35	
vH	100		95,6	100	18,6	81,4	4,4	100	15,6	21,1	44,9	12,0	6,4	

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 2. Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews
nach der Art der Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1. vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) 1)

noch: a) nach Gemeindegrößenklassen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Art der Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		In den Haushalten kamen Interviews											
			zustande					nicht zustande						
			zusammen	davon		zusammen	davon							
				mit Wohnungswunsch	ohne Wohnungswunsch		Wohnung leerstehend	Wohnung nicht auffindbar	Haushalt längere Zeit abwesend	Haushalt verfolgt/verloren	Haushalt nicht aufgefunden			
Anzahl		vH	Anzahl		vH	Anzahl		vH	Anzahl					
Gemeindegrößenklasse 7 (Gemeinden mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern)														
Wohnungseigentümer	11 092	83,3	10 413	83,0	1 887	8 526	679	88,6	84	137	344	88	26	
vH 100			93,9	100	18,1	81,9	6,1	100	12,4	20,2	50,6	13,0	3,8	
Untermieter	2 221	16,7	2 134	17,0	537	1 597	87	11,4	-	-	73	7	7	
vH 100			96,1	100	25,2	74,8	3,9	100	-	-	84,0	8,0	8,0	
Haushalte zusammen	13 313	100	12 547	100	2 424	10 123	766	100	84	137	417	95	33	
vH 100			94,2	100	19,3	80,7	5,8	100	11,0	17,9	54,4	12,4	4,3	
Gemeindegrößenklasse 8 (Gemeinden mit 200 000 bis unter 500 000 Einwohnern)														
Wohnungseigentümer	12 654	82,1	11 886	81,6	2 205	9 681	768	90,7	103	153	396	75	41	
vH 100			93,9	100	18,6	81,4	6,1	100	13,4	19,9	51,6	9,8	5,3	
Untermieter	2 754	17,9	2 675	18,4	811	1 864	79	9,3	-	-	61	9	9	
vH 100			97,1	100	30,3	69,7	2,9	100	-	-	77,2	11,4	11,4	
Haushalte zusammen	15 408	100	14 561	100	3 016	11 545	847	100	103	153	457	84	50	
vH 100			94,5	100	20,7	79,3	5,5	100	12,2	18,1	53,9	9,9	5,9	
Gemeindegrößenklasse 9 (Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern)														
Wohnungseigentümer	26 941	79,5	25 350	79,1	4 502	20 848	1 591	87,1	212	258	893	193	35	
vH 100			94,1	100	17,8	82,2	5,9	100	13,3	16,2	56,1	12,2	2,2	
Untermieter	6 936	20,5	6 701	20,9	1 971	4 730	235	12,9	-	-	189	34	12	
vH 100			96,6	100	29,4	70,6	3,4	100	-	-	80,4	14,5	5,1	
Haushalte zusammen	33 877	100	32 051	100	6 473	25 578	1 826	100	212	258	1 082	227	47	
vH 100			94,6	100	20,2	79,8	5,4	100	11,6	14,1	59,3	12,4	2,6	
Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt														
Wohnungseigentümer	151 624	83,5	143 870	83,2	20 084	123 786	7 754	90,6	1 820	1 431	3 306	815	382	
vH 100			94,9	100	14,0	86,0	5,1	100	23,5	18,5	42,6	10,5	4,9	
Untermieter	29 881	16,5	29 076	16,8	7 772	21 304	805	9,4	-	-	617	101	87	
vH 100			97,3	100	26,7	73,3	2,7	100	-	-	76,6	12,6	10,8	
Haushalte insgesamt	181 505	100	172 946	100	27 856	145 090	8 559	100	1 820	1 431	3 923	916	469	
vH 100			95,3	100	16,1	83,9	4,7	100	21,3	16,7	45,8	10,7	5,5	

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 2. Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews
nach der Art der Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) 1)

b) nach Ländern

Art der Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		In den Haushalten kamen Interviews											
			zustande					nicht zustande						
			zusammen	davon		zusammen	davon			Haushalt längere Zeit abwesend	Haushalt verweigert Auskunft	Haushalt nicht aufgesucht		
				mit Wohnungswunsch	ohne Wohnungswunsch		Wohnung leerstehend	Wohnung nicht auffindbar						
Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl		vH	Anzahl							
Schleswig-Holstein														
Wohnungsinhaber	6 956	84,6	6 634	84,4	1 049	5 585	322	88,2	73	86	123	21	19	
vH	100		95,4	100	15,8	84,2	4,6	100	22,7	26,7	38,2	6,5	5,9	
Untermieter	1 269	15,4	1 226	15,6	442	784	43	11,8	-	-	35	1	7	
vH	100		96,6	100	35,1	63,9	3,4	100	-	-	81,4	2,3	16,3	
Haushalte zusammen	8 225	100	7 860	100	1 491	6 369	365	100	73	86	158	22	26	
vH	100		95,6	100	18,0	81,0	4,4	100	20,0	23,6	43,3	6,0	7,1	
Hamburg														
Wohnungsinhaber	5 764	77,1	5 642	76,8	879	4 763	122	93,8	34	53	22	13	-	
vH	100		97,9	100	15,6	84,4	2,1	100	27,9	43,4	18,0	10,7	-	
Untermieter	1 711	22,9	1 703	22,2	533	1 170	8	6,2	-	-	8	-	-	
vH	100		99,5	100	31,3	68,7	0,5	100	-	-	100	-	-	
Haushalte zusammen	7 475	100	7 345	100	1 412	5 933	130	100	34	53	30	13	-	
vH	100		98,3	100	19,2	80,8	1,7	100	26,1	40,8	23,1	10,0	-	
Niedersachsen														
Wohnungsinhaber	17 230	77,6	16 646	77,3	2 340	14 306	584	88,6	209	97	189	54	35	
vH	100		96,6	100	14,1	85,9	3,4	100	35,8	16,6	32,4	9,2	6,0	
Untermieter	4 971	22,4	4 896	22,7	1 407	3 489	75	11,4	-	-	62	9	4	
vH	100		98,5	100	28,7	71,3	1,5	100	-	-	82,7	12,0	5,3	
Haushalte zusammen	22 201	100	21 542	100	3 747	17 795	659	100	209	97	251	63	39	
vH	100		97,0	100	17,4	82,6	3,0	100	31,7	14,7	38,1	9,6	5,9	
Bremen														
Wohnungsinhaber	2 244	83,9	2 184	83,7	366	1 818	60	93,8	9	10	38	2	1	
vH	100		97,3	100	16,8	83,2	2,7	100	15,0	16,7	63,3	3,3	1,7	
Untermieter	430	16,1	426	16,3	90	336	4	6,2	-	-	4	-	-	
vH	100		99,1	100	21,1	78,9	0,9	100	-	-	100	-	-	
Haushalte zusammen	2 674	100	2 610	100	456	2 154	64	100	9	10	42	2	1	
vH	100		97,6	100	17,5	82,5	2,4	100	14,1	15,6	65,6	3,1	1,6	
Nordrhein-Westfalen														
Wohnungsinhaber	44 071	85,2	41 666	84,8	6 895	34 771	2 405	93,4	382	487	1 168	301	67	
vH	100		94,5	100	15,5	83,5	5,5	100	15,9	20,2	48,6	12,5	2,8	
Untermieter	7 634	14,8	7 463	15,2	2 164	5 299	171	6,6	-	-	114	22	35	
vH	100		97,8	100	28,0	71,0	2,2	100	-	-	66,7	12,8	20,5	
Haushalte zusammen	51 705	100	49 129	100	9 059	40 070	2 576	100	382	487	1 282	323	102	
vH	100		95,0	100	18,4	81,6	5,0	100	14,8	18,9	49,8	12,5	4,0	
Hessen														
Wohnungsinhaber	14 020	85,0	13 138	85,8	1 627	11 511	882	88,6	144	100	401	193	44	
vH	100		93,7	100	12,4	87,6	6,3	100	16,3	11,3	45,5	21,9	5,0	
Untermieter	2 288	14,0	2 174	14,2	546	1 628	114	11,4	-	-	78	28	8	
vH	100		95,0	100	25,1	74,9	5,0	100	-	-	68,4	24,6	7,0	
Haushalte zusammen	16 308	100	15 312	100	2 173	13 139	996	100	144	100	479	221	52	
vH	100		93,9	100	14,2	85,8	6,1	100	14,5	10,0	48,1	22,2	5,2	
Rheinland-Pfalz														
Wohnungsinhaber	9 745	85,7	9 350	85,4	1 064	8 286	395	94,5	133	125	120	2	15	
vH	100		95,9	100	11,4	88,6	4,1	100	33,7	31,6	30,4	0,5	3,8	
Untermieter	1 620	14,3	1 597	14,6	374	1 223	23	5,5	-	-	15	1	7	
vH	100		98,6	100	23,4	76,6	1,4	100	-	-	65,2	4,4	30,4	
Haushalte zusammen	11 365	100	10 947	100	1 438	9 509	418	100	133	125	135	3	22	
vH	100		96,3	100	13,1	86,9	3,7	100	31,8	29,9	32,3	0,7	5,3	

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 2. Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews
nach der Art der Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) ¹⁾

noch: b) nach Ländern

Art der Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		In den Haushalten kamen Interviews											
			zustande				nicht zustande							
			zusammen		davon		zusammen		davon					
	mit Wohnungswunsch	ohne Wohnungswunsch			Wohnung leerstehend	Wohnung nicht auffindbar			Haushalt längere Zeit abwesend	Haushalt verweigert Auskunft	Haushalt nicht aufgesucht			
Anzahl		vH	Anzahl	vH	Anzahl		vH	Anzahl						
Baden - Württemberg														
Wohnungsinhaber	22 164	85,1	20 854	85,8	2 372	18 482	1 310	91,4	363	311	487	14	135	
vH	100		94,1	100	11,4	88,6	5,9	100	27,7	23,7	37,2	1,1	10,3	
Untermieter	3 575	13,9	3 452	14,2	725	2 727	123	8,6	-	-	101	2	20	
vH	100		96,6	100	21,0	79,0	3,4	100	-	-	82,1	1,6	16,3	
Haushalte zusammen	25 739	100	24 306	100	3 097	21 209	1 433	100	363	311	588	16	155	
vH	100		94,4	100	12,7	87,3	5,6	100	25,3	21,7	41,1	1,1	10,8	
Bayern														
Wohnungsinhaber	25 986	80,8	24 517	80,5	3 138	21 379	1 469	86,1	419	143	682	182	43	
vH	100		94,3	100	12,8	87,2	5,7	100	28,5	9,7	46,5	12,4	2,9	
Untermieter	6 165	19,2	5 927	19,5	1 455	4 472	238	13,9	-	-	196	37	5	
vH	100		96,1	100	24,5	75,5	3,9	100	-	-	82,4	15,5	2,1	
Haushalte zusammen	32 151	100	30 444	100	4 593	25 851	1 707	100	419	143	878	219	48	
vH	100		94,7	100	15,1	84,9	5,3	100	24,5	8,4	51,5	12,8	2,8	
Saarland														
Wohnungsinhaber	3 444	94,0	3 239	93,9	354	2 885	205	97,2	54	19	76	33	23	
vH	100		94,0	100	10,9	89,1	6,0	100	26,3	9,3	37,1	16,1	11,2	
Untermieter	218	6,0	212	6,1	36	176	6	2,8	-	-	4	1	1	
vH	100		97,2	100	17,0	83,0	2,8	100	-	-	66,6	16,7	16,7	
Haushalte zusammen	3 662	100	3 451	100	390	3 061	211	100	54	19	80	34	24	
vH	100		94,2	100	11,3	88,7	5,8	100	25,6	9,0	37,9	16,1	11,4	
Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt														
Wohnungsinhaber	151 624	83,5	143 870	83,2	20 084	123 786	7 754	90,6	1 820	1 431	3 306	815	382	
vH	100		94,9	100	14,0	86,0	5,1	100	23,5	18,5	42,6	10,5	4,9	
Untermieter	29 881	16,5	29 076	16,8	7 772	21 304	805	9,4	-	-	617	101	87	
vH	100		97,3	100	26,7	73,3	2,7	100	-	-	76,6	12,6	10,8	
Haushalte insgesamt	181 505	100	172 946	100	27 856	145 090	8 559	100	1 820	1 431	3 923	916	469	
vH	100		95,3	100	16,1	83,9	4,7	100	21,3	16,7	45,8	10,7	5,5	
Berlin (West)														
Wohnungsinhaber	8 553	81,8	7 912	81,3	2 001	5 911	641	88,4	78	144	361	41	17	
vH	100		92,5	100	25,3	74,7	7,5	100	12,2	22,4	56,3	6,4	2,7	
Untermieter	1 908	18,2	1 824	18,7	656	1 168	84	11,6	-	-	77	5	2	
vH	100		95,6	100	36,0	64,0	4,4	100	-	-	91,7	6,0	2,3	
Haushalte zusammen	10 461	100	9 736	100	2 657	7 079	725	100	78	144	438	46	19	
vH	100		93,1	100	27,3	72,7	6,9	100	10,8	18,9	60,4	6,3	2,6	
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) insgesamt														
Wohnungsinhaber	160 177	83,4	151 782	83,1	22 085	129 697	8 395	90,4	1 898	1 575	3 667	856	399	
vH	100		94,8	100	14,6	85,4	5,2	100	22,6	18,8	43,7	11,2	4,7	
Untermieter	31 789	16,6	30 900	16,9	8 428	22 472	889	9,6	-	-	694	106	89	
vH	100		97,2	100	27,3	72,7	2,8	100	-	-	78,1	11,9	10,0	
Haushalte insgesamt	191 966	100	182 682	100	30 513	152 169	9 284	100	1 898	1 575	4 361	962	488	
vH	100		95,2	100	16,7	83,3	4,8	100	20,4	17,0	47,0	10,4	5,2	

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 2. Haushalte mit zustande und nicht zustande gekommenen Interviews
nach der Art der Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1. vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) 1)

c) nach Strukturzonen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Art der Wohnungsnutzung	Haushalte insgesamt		In den Haushalten kamen Interviews											
			zustande					nicht zustande						
			zusammen		davon		zusammen	davon						
					mit Wohnungswunsch	ohne		Wohnung leerstehend	Wohnung nicht auffindbar	Haushalt längere Zeit abwesend	Haushalt verweigert Auskunft	Haushalt nicht aufgesucht		
Anzahl		vH	Anzahl	vH	Anzahl		vH	Anzahl						
Ballungszone, Kerngebiet														
Wohnungsinhaber	42 829	81,2	40 321	80,8	7 274	33 047	2 508	89,0	326	483	1 351	292	56	
vH 100			94,1	100	18,0	82,0	5,9	100	13,0	19,3	53,9	11,6	2,2	
Untermieter	9 886	18,8	9 576	19,2	2 842	6 734	310	11,0	-	-	250	44	16	
vH 100			96,9	100	29,7	70,3	3,1	100	-	-	80,6	14,2	5,2	
Haushalte zusammen	52 715	100	49 897	100	10 116	39 781	2 818	100	326	483	1 601	336	72	
vH 100			94,7	100	20,3	79,7	5,3	100	11,6	17,1	56,8	11,9	2,6	
Ballungszone, Randgebiet														
Wohnungsinhaber	26 235	85,0	24 803	84,5	3 385	21 418	1 432	83,3	281	311	620	171	49	
vH 100			94,5	100	13,6	86,4	5,5	100	19,6	21,7	43,3	12,0	3,4	
Untermieter	4 640	15,0	4 537	15,5	1 194	3 343	103	6,7	-	-	80	10	13	
vH 100			97,8	100	26,3	73,7	2,2	100	-	-	77,7	9,7	12,6	
Haushalte zusammen	30 875	100	29 340	100	4 579	24 761	1 535	100	281	311	700	181	62	
vH 100			95,0	100	15,6	84,4	5,0	100	18,3	20,3	45,6	11,8	4,0	
Industriezone														
Wohnungsinhaber	34 544	85,5	33 010	85,3	3 967	29 043	1 534	91,6	476	247	507	151	153	
vH 100			95,6	100	12,0	88,0	4,4	100	31,0	16,1	33,1	9,8	10,0	
Untermieter	5 845	14,5	5 705	14,7	1 469	4 236	140	8,4	-	-	100	19	21	
vH 100			97,6	100	25,7	74,3	2,4	100	-	-	71,4	13,6	15,0	
Haushalte zusammen	40 389	100	38 715	100	5 436	33 279	1 674	100	476	247	607	170	174	
vH 100			95,9	100	14,0	86,0	4,1	100	28,4	14,8	36,3	10,1	10,4	
Mischzone														
Wohnungsinhaber	30 888	83,7	29 352	83,4	3 528	25 824	1 536	90,0	456	257	601	132	90	
vH 100			95,0	100	12,0	88,0	5,0	100	29,7	16,7	39,1	8,6	5,9	
Untermieter	6 027	16,3	5 857	16,6	1 370	4 487	170	10,0	-	-	123	22	25	
vH 100			97,2	100	23,4	76,6	2,8	100	-	-	72,4	12,9	14,7	
Haushalte zusammen	36 915	100	35 209	100	4 898	30 311	1 706	100	456	257	724	154	115	
vH 100			95,4	100	13,9	86,1	4,6	100	26,7	15,1	42,4	9,0	6,8	
Agrarzone														
Wohnungsinhaber	17 128	83,1	16 384	82,8	1 930	14 454	744	90,1	281	133	227	69	34	
vH 100			95,7	100	11,8	88,2	4,3	100	37,7	17,9	30,5	9,3	4,6	
Untermieter	3 483	16,9	3 401	17,2	897	2 504	82	9,9	-	-	64	6	12	
vH 100			97,6	100	26,4	73,6	2,4	100	-	-	78,1	7,3	14,6	
Haushalte zusammen	20 611	100	19 785	100	2 827	16 958	826	100	281	133	291	75	46	
vH 100			96,0	100	14,3	85,7	4,0	100	34,0	16,1	35,2	9,1	5,6	
Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt														
Wohnungsinhaber	151 624	83,5	143 870	83,2	20 084	123 786	7 754	90,6	1 820	1 431	3 306	815	382	
vH 100			94,9	100	14,0	86,0	5,1	100	23,5	18,5	42,6	10,5	4,9	
Untermieter	29 881	16,5	29 076	16,8	7 772	21 304	805	9,4	-	-	617	101	87	
vH 100			97,3	100	26,7	73,3	2,7	100	-	-	76,6	12,6	10,8	
Haushalte insgesamt	181 505	100	172 946	100	27 856	145 090	8 559	100	1 820	1 431	3 923	916	469	
vH 100			95,3	100	16,1	83,9	4,7	100	21,3	16,7	45,8	10,7	5,5	

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

3. Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch nach der Art der jetzigen und der angestrebten Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) ¹⁾

a) nach Gemeindegrößenklassen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Gemeindegrößenklasse	Jetzige Wohnungsnutzung	Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch		Von den Haushalten und Haushaltsteilen strahlen an							
				eigenes Haus		Eigentumswohnung		Mietwohnung		Untermiete oder Anstaltsunterbringung	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Gemeinden mit ... unter 2 000	Wohnungsinhaber	2 756	100	1 416	51,4	61	2,2	1 249	45,3	30	1,1
	Untermieter	1 362	100	498	36,6	40	2,9	757	55,6	67	4,9
	zusammen	4 118	100	1 914	46,5	101	2,4	2 006	48,7	97	2,4
2 000 bis unter 5 000	Wohnungsinhaber	1 854	100	813	43,8	55	3,0	970	52,3	16	0,9
	Untermieter	653	100	209	32,0	11	1,7	387	59,3	46	7,0
	zusammen	2 507	100	1 022	40,8	66	2,6	1 357	54,1	62	2,5
5 000 bis unter 10 000	Wohnungsinhaber	1 561	100	524	33,5	37	2,4	988	63,3	12	0,8
	Untermieter	526	100	107	20,3	11	2,1	375	71,3	33	6,3
	zusammen	2 087	100	631	30,2	48	2,3	1 363	65,3	45	2,2
10 000 bis unter 20 000	Wohnungsinhaber	1 472	100	393	26,7	34	2,3	1 034	70,2	11	0,8
	Untermieter	533	100	74	13,9	8	1,5	412	77,3	39	7,3
	zusammen	2 005	100	467	23,3	42	2,1	1 446	72,1	50	2,5
20 000 bis unter 50 000	Wohnungsinhaber	2 303	100	505	21,9	42	1,8	1 749	76,0	7	0,3
	Untermieter	761	100	101	13,3	14	1,8	620	81,5	26	3,4
	zusammen	3 064	100	606	19,8	56	1,8	2 369	77,3	33	1,1
50 000 bis unter 100 000	Wohnungsinhaber	1 598	100	277	17,3	32	2,0	1 278	80,0	11	0,7
	Untermieter	635	100	61	9,6	6	1,0	538	84,7	30	4,7
	zusammen	2 233	100	338	15,2	38	1,7	1 816	81,3	41	1,8
100 000 bis unter 200 000	Wohnungsinhaber	1 900	100	310	16,2	22	1,3	1 562	81,7	6	0,8
	Untermieter	539	100	43	7,5	4	0,6	461	85,1	31	6,8
	zusammen	2 439	100	353	14,2	26	1,1	2 023	82,5	37	2,2
200 000 bis unter 500 000	Wohnungsinhaber	2 227	100	289	12,6	32	1,3	1 877	85,2	29	0,9
	Untermieter	812	100	39	4,7	7	1,0	711	88,3	55	6,0
	zusammen	3 039	100	328	10,5	39	1,2	2 588	86,0	84	2,3
500 000 und mehr	Wohnungsinhaber	4 535	100	568	12,5	83	1,8	3 853	85,0	31	0,7
	Untermieter	1 976	100	100	5,1	38	1,9	1 730	87,5	108	5,5
	zusammen	6 511	100	668	10,3	121	1,9	5 583	86,7	139	2,1
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>	Wohnungsinhaber	20 206	100	5 095	25,2	398	2,0	14 560	72,1	153	0,7
	Untermieter	7 797	100	1 232	15,8	139	1,8	5 991	76,8	435	5,6
	insgesamt	28 003	100	6 327	22,6	537	1,9	20 551	73,4	588	2,1

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 3. Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch nach der Art der jetzigen und der angestrebten Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) ¹⁾

b) nach Ländern

Land	Jetzige Wohnungsnutzung	Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch		Von den Haushalten und Haushaltsteilen strebten an							
				eigenes Haus		Eigentumswohnung		Mietwohnung		Untermiete oder Anstaltsunterbringung	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Schleswig-Holstein	Wohnungsinhaber	1 058	100	273	25,8	24	2,3	736	69,6	25	2,3
	Untermieter	446	100	67	15,0	2	0,5	334	74,9	43	9,6
	zusammen	1 504	100	340	22,6	26	1,7	1 070	71,2	68	4,5
Hamburg	Wohnungsinhaber	890	100	115	12,9	24	2,7	744	83,6	7	0,8
	Untermieter	535	100	37	6,9	15	2,8	450	84,1	33	6,2
	zusammen	1 425	100	152	10,7	39	2,7	1 194	83,8	40	2,8
Niedersachsen	Wohnungsinhaber	2 357	100	765	32,5	46	2,0	1 526	64,7	20	0,8
	Untermieter	1 409	100	291	20,6	32	2,3	995	70,6	91	6,5
	zusammen	3 766	100	1 056	28,0	78	2,1	2 521	66,9	111	3,0
Bremen	Wohnungsinhaber	369	100	77	20,9	11	3,0	278	75,3	3	0,8
	Untermieter	90	100	2	2,2	2	2,2	76	84,5	10	11,1
	zusammen	459	100	79	17,2	13	2,9	354	77,1	13	2,8
Nordrhein-Westfalen	Wohnungsinhaber	6 958	100	1 304	18,7	77	1,1	5 545	79,7	32	0,5
	Untermieter	2 171	100	258	11,9	20	0,9	1 802	83,0	91	4,2
	zusammen	9 129	100	1 562	17,1	97	1,1	7 347	80,5	123	1,3
Hessen	Wohnungsinhaber	1 632	100	434	26,6	29	1,8	1 150	70,5	19	1,1
	Untermieter	544	100	66	12,1	6	1,1	418	76,9	54	9,9
	zusammen	2 176	100	500	23,0	35	1,6	1 568	72,1	73	3,3
Rheinland-Pfalz	Wohnungsinhaber	1 066	100	346	32,4	17	1,6	697	65,4	6	0,6
	Untermieter	374	100	119	31,8	6	1,6	240	64,2	9	2,4
	zusammen	1 440	100	465	32,3	23	1,6	937	65,1	15	1,0
Baden-Württemberg	Wohnungsinhaber	2 375	100	707	29,8	87	3,6	1 565	65,9	16	0,7
	Untermieter	726	100	110	15,2	19	2,6	559	77,0	38	5,2
	zusammen	3 101	100	817	26,4	106	3,4	2 124	68,5	54	1,7
Bayern	Wohnungsinhaber	3 143	100	899	28,6	78	2,5	2 141	68,1	25	0,8
	Untermieter	1 466	100	273	18,6	37	2,5	1 091	74,4	65	4,5
	zusammen	4 609	100	1 172	25,4	115	2,5	3 232	70,1	90	2,0
Saarland	Wohnungsinhaber	358	100	175	48,9	5	1,4	178	49,7	-	-
	Untermieter	36	100	9	25,0	-	-	26	72,2	1	2,8
	zusammen	394	100	184	46,7	5	1,3	204	51,8	1	0,2
Bundesgebiet ohne Berlin	Wohnungsinhaber	20 206	100	5 095	25,2	398	2,0	14 560	72,1	153	0,7
	Untermieter	7 797	100	1 232	15,8	139	1,8	5 991	76,8	435	5,6
	insgesamt	28 003	100	6 327	22,6	537	1,9	20 551	73,4	588	2,1
Berlin (West)	Wohnungsinhaber	2 016	100	59	2,9	19	1,0	1 926	95,5	12	0,6
	Untermieter	658	100	13	2,0	7	1,0	600	91,2	38	5,8
	zusammen	2 674	100	72	2,7	26	1,0	2 526	94,4	50	1,9
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	Wohnungsinhaber	22 222	100	5 154	23,2	417	1,9	16 486	74,2	165	0,7
	Untermieter	8 455	100	1 245	14,7	146	1,7	6 591	78,0	473	5,6
	insgesamt	30 677	100	6 399	20,9	563	1,8	23 077	75,2	638	2,1

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.

noch: 3. Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch nach der Art
der jetzigen und der angestrebten Wohnungsnutzung

Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebung 1960 (Schnellaufbereitung) 1)

c) nach Strukturzonen (Bundesgebiet ohne Berlin)

Strukturzone	Jetzige Wohnungs- nutzung	Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch		Von den Haushalten und Haushaltsteilen strieben an							
				eigenes Haus		Eigentums- wohnung		Miet- wohnung		Untermiete oder Anstalts- unterbringung	
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Ballungszone, Kerngebiet	Wohnungsinhaber	7 336	100	929	12,7	118	1,6	6 236	85,0	53	0,7
	Untermieter	2 851	100	145	5,1	46	1,6	2 504	87,8	156	5,5
	zusammen	10 187	100	1 074	10,5	164	1,6	8 740	85,8	209	2,1
Ballungszone, Randgebiet	Wohnungsinhaber	3 393	100	988	29,1	77	2,3	2 307	68,0	21	0,6
	Untermieter	1 197	100	238	19,9	25	2,1	876	73,2	58	4,8
	zusammen	4 590	100	1 226	26,7	102	2,2	3 183	69,4	79	1,7
Industriezone	Wohnungsinhaber	4 001	100	1 239	31,0	74	1,9	2 654	66,3	34	0,8
	Untermieter	1 476	100	287	19,4	19	1,3	1 091	73,9	79	5,4
	zusammen	5 477	100	1 526	27,8	93	1,7	3 745	68,4	113	2,1
Mischzone	Wohnungsinhaber	3 541	100	1 147	32,4	72	2,0	2 300	65,0	22	0,6
	Untermieter	1 370	100	302	22,1	21	1,5	976	71,2	71	5,2
	zusammen	4 911	100	1 449	29,5	93	1,9	3 276	66,7	93	1,9
Agrarzone	Wohnungsinhaber	1 935	100	792	40,9	57	3,0	1 063	54,9	23	1,2
	Untermieter	903	100	260	28,8	28	3,1	544	60,2	71	7,9
	zusammen	2 838	100	1 052	37,1	85	3,0	1 607	56,6	94	3,3
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>	Wohnungsinhaber	20 206	100	5 095	25,2	398	2,0	14 560	72,1	153	0,7
	Untermieter	7 797	100	1 232	15,8	139	1,8	5 991	76,8	435	5,6
	insgesamt	28 003	100	6 327	22,6	537	1,9	20 551	73,4	588	2,1

1) Hierin sind einige wenige noch ausstehende Unterlagen nicht enthalten. Ihre Einbeziehung würde weder die Relationen noch die Größenordnungen wesentlich ändern.